

Costas Lapavistas

Soll Griechenland den Euro aufgeben?

Ein Gespräch mit dem Sender „The Real News Network“ (TRNN)¹

TRNN: In Europa ist die Eurozone dabei, sich weiter zu zerlegen. Griechenland ist wohl am stärksten betroffen, wenn die europäischen Banken und politischen Führer immer neue und strengere Austeritätsprogramme fordern. Papandreou, der alte Premierminister, ist weg vom Fenster, der neue heißt Papademos. Was also steht Griechenland bevor? Das alles werden wir mit Costas Lapavistas besprechen, Wirtschaftsprofessor an der Universität London und regelmäßiger Kolumnist des „Guardian“. Danke dass Sie gekommen sind, Costas.

CL: Danke für Die Einladung.

TRNN: Wie steht es also mit dem Kampf des griechischen Volks gegen die Austeritätsmaßnahmen? Der neue Premierminister wird ja als Technokrat bezeichnet. Er kommt aus der europäischen Bankenwelt. Wohin wird das alles führen?

CL: Zunächst möchte ich hervorheben, dass wir derzeit eine unter demokratischen Gesichtspunkten unglaubliche Entwicklung erleben. Die EU und die europäische Währungsunion haben ja vor allem die Aufgabe, die Demokratie zu verteidigen und sicherzustellen, dass sich der freie Wille der Völker durch Wahlen und anderes ausdrücken kann. Aber was wir in den letzten Wochen in Griechenland und – noch krasser – in Italien (immerhin ein großes Land) erlebt haben ist das direkte Gegenteil. Hier wurden Regierungschefs und ganze Regierungen auf der Grundlage der Prioritäten und des Drucks der Finanzmärkte und einzelner großer Finanzakteure ausgewechselt. Wenn das unter Demokratie verstanden wird, dann läuft da etwas ganz und gar falsch. Dies sind besorgniserregende Entwicklungen und sehr, sehr schlechte Vorzeichen für die Zukunft der politischen und demokratischen Prozesse in Europa. Hier müssen die Völker Europas sehr aufmerksam sein und ihre Rechte verteidigen.

Dies ist der erste Punkt, den ich ansprechen möchte. Was nun die Inhalte der Politik angeht: Ja, in Griechenland ist ein gewählter Regierungschef gegangen und ein nicht-gewählter Premier ist gekommen, entsprechend dem Wunsch der Banken und anderer Institutionen; an der Politik selbst aber hat sich nichts geändert. Der neue Premier hat sehr deutlich gemacht, dass er exakt die gleiche Politik der Austerität und der internen Abwertung – d.h. Löhne und Preise zu senken – betreiben wird wie sein Vorgänger, und zwar mit noch mehr Entschlossenheit als bisher. Da aber der Vorgänger gerade wegen dieser Politik gescheitert ist, glaube ich nicht, dass der neue Regierungschef eine besonders lange Halbwertszeit haben wird; Papandreou ist ja letzten Endes nicht wegen per-

¹ Das Gespräch wurde vor den Doppelwahlen im Mai/Juni 2012 geführt.

sönlicher Schwäche gescheitert, sondern es war seine Politik, die ihn zu Fall gebracht hat.

TRNN: Das griechische Volk hat sich also auf eine neue Runde der Austerität einzustellen. Dazu gehört wohl auch die Privatisierung öffentlicher Unternehmen, worüber meines Erachtens nicht genug gesprochen wird: Privatisierungen dürften ein sehr wichtiges Element dessen sein, woran Finanzinvestoren und Banken interessiert sind. Aber welche Wahl hat denn das griechische Volk? Was kann es fordern? Letzten Endes, meine ich, läuft es doch nur auf Eines hinaus: Sollte Griechenland die Eurozone verlassen?

CL: Genau das. Die Griechen stehen vor sehr harten Entscheidungen. Davon muss man ausgehen. Dies ist keine leichte Wahl für Griechenland und – das meine ich – keine leichte Wahl für die gesamte Peripherie der Eurozone. Schließlich steht Spanien nicht viel besser da als Griechenland, Italien geht's ziemlich schlecht und auch Irland geht's nicht besonders gut. Wo sollte man aufhören?

Aber zurück zu Griechenland. Um entscheiden zu können, was zu tun ist, braucht man einen klaren Maßstab. Was sind die Alternativen, zwischen denen abzuwägen ist? Und diesen Maßstab liefern nicht die Jahre 2005, 2006, als Geld billig war, als der Konsumstandard hoch war, als alles so weiter zu laufen schien, als wir eine Art Prosperität erlebten, und zwar wesentlich auf der Grundlage billiger Kredite. Das kommt nicht wieder. Das kann also nicht der Maßstab für Entscheidungen sein. Der wirkliche Maßstab ist: Was wird aus dem Land, wenn die aktuelle Politik weitergeführt wird? Griechenland steckt inmitten einer tiefen Depression. Das Inlandsprodukt wird dieses Jahr (2012, der Übers.) voraussichtlich um 7 Prozent zurückgehen, ein unglaublicher Einbruch. Die Arbeitslosigkeit geht gegen 18 Prozent, bei der Jugend gegen 45 Prozent.

Wenn dieser Schrumpfungsprozess beendet sein wird – wahrscheinlich erst im übernächsten Jahr, nächstes Jahr wird's weiter zurückgehen – wird das Land wahrscheinlich in eine lang anhaltende Periode der Stagnation eintreten, mit sehr niedrigem Wirtschaftswachstum, hoher Arbeitslosigkeit. Griechenland wird dann ein unbedeutender, stagnierender und überalterter Winkel Europas sein; denn die Jugend wird das Land verlassen – sie verlässt es schon heute. Darum geht's, an diesem Maßstab haben wir die Alternativen zu messen. Darüber müssen die Griechen entscheiden.

Meines Erachtens sollten die Griechen zwei Dinge tun – darüber habe ich mich schon vielfach in Artikeln und Forschungsberichten geäußert, zusammen mit meinen Kollegen vom Forschungszentrum Geld und Finanzen in London.

Das Erste ist: Griechenland sollte Insolvenz anmelden, also den Default erklären. Denn die derzeitigen Schulden sind schlicht nicht rückzahlbar. Eine solche Default-Erklärung mag niemand, sie ist nicht einfach. Die Wahrheit ist aber, dass die politischen Entscheidungsträger das Land in ein System integriert haben, in dem es möglich war, Schulden zu machen, die nicht rückzahlbar sind. Darum geht es, eine sehr einfache Tatsache. Selbst die EU räumt das heute ein, sie hat ja selbst bereits eine gewisse Art von Insolvenz akzeptiert. Der Schuldenverzicht, den die EU akzeptiert, ist aber ein Default im Interesse der Gläubiger. Deswegen wird er

nicht funktionieren. Ich schlage dagegen eine Insolvenz im Interesse der Schuldner vor, d.h. im Interesse des Landes und seiner Bevölkerung.

TRNN: Und wie soll der nun aussehen?

CL: Dies muss ein demokratischer und souveräner Prozess sein – souverän in dem Sinne, dass Griechenland die Bedingungen für die Gläubiger festlegt. Wissen Sie, es ist längst überfällig, dass auch in der Welt der Finanzen die Mitverantwortung der Kreditgeber für eine vorsichtige und verantwortungsvolle Kreditvergabe akzeptiert wird. Es ist ganz klar, dass europäische und andere Banken nicht verantwortungsvoll handelten, als sie den Ländern der Peripherie so großzügig Kredite einräumten. Es ist nicht fair, wenn sie nun keinerlei Einbußen hinnehmen wollen und die gesamte Verantwortung auf die Schuldnerländer abwälzen. Griechenland muss also in der Lage sein, als souveränes Land die Bedingungen einer Schuldenstreichung für die Gläubiger festzulegen und sich so von einem relevanten Teil der Schuldenlast zu befreien, jener Last, die letzten Endes untragbar ist. Denn die Schulden erdrücken die griechische Wirtschaft und Gesellschaft. Sie nehmen dem Land den Atem.

TRNN: Und was ist der zweite Punkt?

CL: Zunächst noch was zum ersten Punkt. Die Schuldenstreichung muss im Rahmen eines demokratischen Prozesses ablaufen, sie darf nicht bloß Sache einer Regierung sein, selbst wenn diese demokratisch zustande gekommen ist. Alle Schichten der Bevölkerung müssen einbezogen werden. Im Prozess der Schuldenabschreibung muss die demokratische Stimme des Volkes, der Zivilgesellschaft, der organisierten Arbeiterbewegung gehört werden. Sie haben ein Recht zu wissen, worum es bei den Schulden geht. Sie haben ein Recht darauf, zu entscheiden, was und wie genau zurückbezahlt werden soll. Soweit noch zum ersten Punkt.

Was das zweite Element angeht, so würde ich ganz entschieden dafür plädieren, die Währungsunion zu verlassen. Der Beitritt war ein furchtbarer Fehler. Der Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit ist auch Ergebnis dieses Schritts. In der Folge entstanden große Leistungsbilanzdefizite. Die angehäuften Schulden sind zu einem guten Teil Resultate dieser Defizite. So lange das Land sich nur im engen Rahmen der Währungsunion bewegen kann, muss es sich den Austeritätsprogrammen, der Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik unterwerfen, welche die EU aufzwingt. Die Zukunft wird, wie schon beschrieben, eine lang anhaltende Stagnation, ein lang anhaltender Niedergang sein. Griechenland muss die Eurozone verlassen. Wir müssen aus der Falle der gemeinsamen Währung ausbrechen. Wir brauchen eine eigene nationale Währung. Wir müssen wieder in der Lage sein, eine eigene Geld- und Fiskalpolitik durchzuführen. Nur dann kann das Land den notwendigen langen und schwierigen Kampf um eine Restrukturierung der Wirtschaft im Interesse der arbeitenden Menschen, im Interesse der Bevölkerungsmehrheit führen und so einen Wachstumspfad einschlagen. Ich glaube, dass das gelingen kann; dazu wird aber ein kompliziertes und sehr detailliertes Programm notwendig sein, wesentlich auf der Grundlage einer sozialen und nationalen Wiederbelebung.

TRNN: Es ist ja nicht so, dass Griechenland nicht über Reichtümer verfügt. Der griechischen Oberschicht ist es in dieser ganzen Zeit ja nicht schlecht gegangen. In welchem Verhältnis steht das zu den Aufgaben, die erledigt werden müssen?

CL: Das ist eine ganz zentrale Frage, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Es war die griechische Oberschicht, die entschieden hat, Griechenland in die Währungsunion zu führen. Eine furchtbare Entscheidung. Eine Entscheidung, die nicht funktioniert hat. Und nun fordert diese Oberschicht das griechische Volk auf, einen gewaltigen Preis zu zahlen, entweder, um diese Wahl nicht rückgängig machen zu müssen, oder aber, um diese Entscheidung zu revidieren, aber ohne dass die Eliten die Kosten zu tragen haben. Wenn Griechenland also den Euro verlässt und dies so tut, wie ich vorschlage, so muss dies im Rahmen einer tief greifenden sozialen Strukturveränderung erfolgen. Und ein Kernelement muss die Umverteilung sein. Griechenland braucht eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen, ich würde fast sagen: mehr als jedes andere Land der Währungsunion. Griechenland ist ein Land mit extrem ungleichen Verteilungsverhältnissen. Die Reichen und auch die nicht-ganz-so-Reichen, sogar die wohlhabenderen Mittelschichten zahlen einfach keine Steuern. Das ist ein gewaltiger Einkommens- und Vermögensvorteil gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung. Das muss aufhören. Das muss rückgängig gemacht werden. Das aber ist nicht möglich im Rahmen der bestehenden sozialen Zustände. Also: Exit Euro. Wenn das mit dem Willen der Bevölkerung und im Rahmen einer breiten Mobilisierung geschieht, dann gibt es eine gute Chance, diese Entwicklungen rückgängig zu machen und die dringend notwendige Umverteilung durchzusetzen. Mehr soziale Gleichheit ist eine grundlegende Voraussetzung für Wachstum. Das ist unabdingbar. Nur so können die Reichen, kann die griechische Elite dazu gebracht werden, ihren Beitrag zu leisten. Eine weitere Sache, die Griechenland für eine Gesundung braucht – soweit die Eliten betroffen sind – ist natürlich eine öffentliche Kontrolle und öffentliches Eigentum im Bankensektor. Die griechischen Banken sind eigentlich zahlungsunfähig. Sie haben einen Haufen von griechischen Staatsanleihen, die sie abschreiben müssten. Der Wert der griechischen Banken liegt daher gegenwärtig bei Null. Wenn sie frei verkäuflich wären, wäre der Börsenwert Null. Sie müssen entschädigungslos verstaatlicht und unter nationale Kontrolle gebracht werden. Im Folgenden müssten sie restrukturiert und dazu gebracht werden, sich auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren, die Finanzierung der Binnenwirtschaft. Es geht um die Unterstützung der Klein- und Mittelbetriebe, die Finanzierung der Produktion, die Schaffung von Arbeitsplätzen. Denn die größte Tragödie, die Griechenland gegenwärtig erlebt, ist die Zerstörung der Beschäftigung. Es gibt heute Hunderttausende von Familien in Griechenland, in denen niemand mehr Arbeit hat.

TRNN: Costas, das hört sich ja wie ein Programm für eine politische Bewegung an. Gibt es denn eine solche Bewegung mit einem solchen Programm?

CL: Es gibt keine bestimmte Bewegung, die so etwas vertritt. Und genau das ist bis jetzt Teil der Tragik der gegenwärtigen politischen Bewegungen. Allerdings

werden diese Dinge breit diskutiert. Die Leute sind sich der angesprochenen Probleme bewusst und Teile dieser Vorschläge wurden schon von politischen Parteien aufgenommen. Das Kernproblem allerdings, das was die politischen Parteien in Griechenland nur schwer akzeptieren können, ist die Aufgabe des Euro. Das ist wirklich schwierig. Und das Problem ist: Ein Austritt ist wirklich schwierig, er wäre ein Schock; niemand kann sagen, dass es leicht wäre...

TRNN: Ja, es wäre ein Schritt ins Unbekannte.

CL: Genau. Jedenfalls teilweise ins Unbekannte. Dabei gibt es allerdings auch eine ideologische Seite, denn bei Geld geht es immer auch um Ideologie. Die Leute identifizieren sich mit der Währung, sie wird Teil von ihnen. Und es ist sehr schwer zuzugeben, dass die Übernahme des Euro als nationale Währung ein Fehler war. Jetzt müssen wir zu einer schwächeren und engeren Form des Geldes zurückkehren. Das können die Leute nur schwer akzeptieren. Da weigern sie sich, oder zumindest einige von ihnen. Die Kombination dieser beiden Elemente – der Schritt ins Unbekannte, die damit verbundenen Gefahren einerseits und die ideologische Seite andererseits – führt dazu, dass politische Parteien diesen Schritt nicht wagen. Eine weitere sicherlich sehr wichtige Sache sind die geopolitischen Implikationen. Denn was wir hier diskutieren hat ernste geopolitische Folgen, wie immer, wenn es um Währungen geht. Wenn man sich entschlossen hat, sich der Europäischen Währungsunion anzuschließen und man scheitert, dann ist ein Austritt auch eine geopolitische Entscheidung; viele griechische Parteien fürchten diese Folgen. Sie sind nicht bereit, diesen offen ins Auge zu sehen und dem griechischen Volk entsprechende Vorschläge zu machen.

TRNN: Aber was wären denn die Folgen? Marginalisiert zu werden? Oder was sonst?

CL: Ja, da ist die Angst vor einer Marginalisierung, von Europa abgeschnitten zu werden. Die Angst vor verstärkten Spannungen mit Nachbarländern. Die Unsicherheit, wie wohl Griechenland als kleines Land seinen Weg in der Welt machen kann. Alle diese Ängste werden von der Regierung gepflegt und von denen, die in der Eurozone bleiben wollen. Der Euro wird noch immer als sicherer Hafen für Griechenland dargestellt. Eigentlich ist das lächerlich, angesichts der Tatsache, dass der Euro die schwerste Wirtschaftskrise in der Geschichte des Landes verursacht hat. Doch die Rede vom sicheren Hafen kommt noch immer an, jedenfalls in einem gewissen Ausmaß. Und solange politische Parteien, eine einzelne politische Partei oder eine Parteienallianz, auf diese Ängste keine befriedigende Antwort haben, solange diese den Menschen nicht versichern, dass sie auf ihre eigene Kraft vertrauen können, dass sie nicht in einem dunklen Abgrund verschwinden werden, dass sie das Land mit Hilfe ihrer Fähigkeiten umgestalten können, solange werden die Menschen unentschlossen bleiben. Und solange wird sich die Lage nicht beruhigen.

TRNN: Vielen Dank, Costas, dass Sie zum TRNN gekommen sind.

Übersetzung: Jörg Goldberg